

Kaukasische Post

КАВКАЗСКАЯ
ПОШТА

Die Geschäftsstelle befindet sich im
Deutschen Nationalrat für Georgien:
Tiflis, Michael-Str. Nr. 108.

Erscheint 2-mal wöchentlich.

am **Mittwoch** und am **Sonntag**
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Geschäftsstunden: werktäglich von 9—11
Uhr vorm. — Sprechstunde der Redak-
tion: In der Wohnung des verantw.
Redakteurs — Kubloff-Str. (früher Malaja
Sjubebnaja) Nr. 13., Du. 6 im Hof — werktäglich von 6—7 Uhr abds.

Nr. 22

Tiflis, Sonntag, den 10. Juni 1922.

14. Jahrgang.

Vertrags- und Musikalische Sektion.

Sonntag, d. 17. Juni,

in den Räumen des Deutschen Realgymnasiums

Konzert-Abend.

(Solo- und Chorgesang, Geige, Klavier etc.)

In den Zwischenpausen und nach Schluß des Konzerts:
Tee und Buffet.

Beginn: 1/9 Uhr abds.

Deutsches Realgymnasium (Technikum 27) in Tiflis.

Erneut hat Herr Kaufmann Lenz in Batum sein
großes Interesse für die deutsche Kulturstätte in Tiflis
durch die Tat bekräftigt.

Nähe an 200 Lehrbücher hat Herr Lenz dem
Gymnasium als Spende überwiesen!

Die Gymnasialkommission drückt dem hochherzigen
Spenden hiermit den wärmsten Dank aus. — Mögen
andere dieser Tat andere Taten folgen lassen. — Das
Gymnasium ist arm an Inventar und an Anschaffungsmaterial.

Die Gymnasialkommission.

Deutsche Arbeitsschule No 107 in Tiflis.

Herr Corneschjen, Konsularagent des Deutschen Reichs
in Batum, hat dem Elternkomitee 2.000.000 Mbl.
im Ankauf von Lehrbüchern für arme Schüler genannter
Schule übergeben. Wenn man die Mittellosigkeit der mei-
sten Zöglinge dieser Schule in Betracht zieht, so kann
eine solche Freigebigkeit nicht hoch genug gewertet werden.
Die armen Kinder erhalten durch sie die Möglichkeit, in
den Besitz von Lehrbüchern zu gelangen, und das Eltern-
komitee ist einer großen Sorge entbunden. In Anbetracht
dieser Tatsache empfindet es das Elternkomitee als angenehme
Pflicht, Herrn Corneschjen hiermit auch öffentlich
danken und der 10 armen Schüler Dank auszubringen.
Es knüpft hieran zugleich die Hoffnung, daß sich auch
sonst noch Personen finden werden, die der Schule ein
solches Entgegenkommen und damit ihr richtiges Ver-
ständnis für die Bedeutung der Arbeitsschule, als Grund-
bedingung für die weitere Ausbildung unserer Jugend und als
Kulturfaktor im Kaufkasus überhaup, bekunden werden.

Das Elternkomitee.

zum Artikel: Einiges über den Winter- verband des Gaudjaer Kreises.

(Siehe: vorige Nummer.)

Der Bericht über die am 6.—8. Mai d. J. statt-
gehabte Delegierten-Versammlung des Ver-
bandes der georgischen Deutschen und unsere Erklä-
rungen, betreffend die im obengesagten Artikel und in der
Nachschrift der Redaktion aufgeworfenen Fragen — an die
Herrsche der deutschen Kolonien in Georgien bezw. an die
einzelnen, — können wir leider aus von uns unabhängigen
Gründen erst nach einiger Zeit ver-
öffentlichen. Solches hiermit bekanntzumachen, erachten
wir als unsere unerlässliche Pflicht, um etwaigen Miß-
verständnissen vorzubeugen.

Der Deutsche Nationalrat in Georgien.

Politische Nachrichten.

Poincaré hat an die Regierungen der Verei-
nigten Staaten von Nordamerika und der Entente-Länder
eine 18 Seiten starke Denkschrift, betreffend die
Haager Konferenz, verfaßt, in welcher er u. a.
die Bedingungen angibt, deren Erfüllung als Voraus-
setzung einer Mitarbeit französischer Sachverständigen an
besagter Konferenz zu gelten habe. Die Verhandlungen
in Genua hätten keine praktischen Erfolge gezeigt, weil
Rußland sich geweigert habe, in die Rückzahlung des
den Ausländern gehörenden, von der Sowjetregierung aber
verstaatlichten Vermögens und in die Bezahlung der
Kriegsschulden einzuwilligen. Nichtsdestoweniger habe die
Mehrzahl der auf der Genua-Konferenz vertreten gewesen
Mächte den Antrag, betreffend Bildung einer Sachver-
ständigen-Kommission zur Beratung der zwischen Sowjet-
Rußland und den andern Regierungen stehenden Fragen,
angenommen. Die franz. Delegation sei der Meinung
gewesen, daß im Haag lediglich Sachverständige sich ver-
sammeln würden, aber soweit aus der Einladung zu er-
sehen, werde der Konferenz eine Zusammenkunft von Ver-
tretern — unklar, ob politischen oder diplomati-
schen, — der einzelnen Mächte vorausgehen. Die Denkschrift
fordert eine genaue Feststellung dessen, welche Rolle
den Sachverständigen im Haag eigentlich zugesacht sei.
Man könne nicht damit rechnen, daß die Sowjetregierung
die ihr gestellten Bedingungen annehmen oder gar der
Sachverständigen-Kommission gestatten würde, Rußland zu
besuchen und in Lugansk zu nehmen, bevor noch die
Mächte der Moskauer Regierung bestimmte Vorschläge ge-
macht haben würden. Es sei daher notwendig, in das
Programm der Haager Konferenz eine Zusammenstellung
all der Bedingungen aufzunehmen, zu deren Einhaltung
Rußland sich vorerst verpflichten müsse. Alle Mächte
hätten sich zunächst über einen allgemeinen Plan der
Wiederherstellung Rußlands zu verständigen und die Rolle
jedes Staates hinsichtlich der Rußland zu erweisen-
den technischen und finanziellen Hilfe zu koordinieren zu be-
stimmen. Die Ausarbeitung eines derartigen Planes würde
mehr Zeit beanspruchen, als den Haager Experten hierzu
gewährt werden soll. Die Denkschrift legt die Haupt-
punkte des erwähnten Planes dar, von denen hier fol-
gende angeführt seien: Die Canner Beschlüsse gelten als
Minimum, ohne das keinerlei politische und kommerzielle
Beziehungen zu Rußland für möglich zu erachten
sind; ferner — zieht Rußland sein Memorandum vom
11. Mai, das gleichsam die Forderung einer An-
pipulation Europas vor Rußland enthält, zurück; die Haager-
Konferenz wird sich bloß mit den Fragen, betreffend die Schul-
den und das Privateigentum, beschäftigen; die Sowjetregie-
rung erkennt die Kriegs- und Vorkriegsschulden vorbehaltlos
an; die Sowjetregierung unterwirft sich bezüglich der Ansprüche
von Privatpersonen dem Urteilsspruch eines Schiedsgerichts;
das Recht des Privateigentums muß anerkannt werden; Kre-
dite werden ausschließlich für die Wiederherstellung der Land-
wirtschaft gewährt, keinesfalls aber als allgemeine Unterstützung
der russischen Regierung usw. — Die einflussreicheren Organe
der amerikanischen Presse besprechen die Denkschrift
Poincarés in sympathischem Sinne und bekräftigen die Not-
wendigkeit einer vereinigten Taktik gegen die Sowjetregierung.
Die liberale englische Presse widmet der Denkschrift nur
geringe Beachtung. Das Sprachrohr Lloyd Georges, der
„Daily Chronicle“, meint, Poincaré könne doch nicht
den Verlauf der Arbeiten auf der Haager Konferenz voraus-
bestimmen; die Konferenz könne auch ohne die Beteiligung

Frankreichs stattfinden usw. — Ueber die Fortschritte, welche
das Projekt einer äußeren Anleihe Deutschlands
zur teilweisen Bedeckung der Reparationszahlungen im Sachver-
ständigen-Ausschuß der Rep.-Kommission (vgl. Nr. 19) letzt-
hin gemacht hat und im Zusammenhang hiermit über die
Stellungnahme der deutschen Regierung zur
Antwortnote der Rep.-Kommission vom 16. April
(s. weiter unten) im allgemeinen können wir wegen Raum-
mangel erst in der nächsten Nummer berichten.

Die Politik Poincarés in deutsch-nationaler Beurteilung.

Poincaré hatte sich neulich wieder einmal gemüht ge-
führt, in der französischen Öffentlichkeit Äußerungen
über Deutschland fallen zu lassen, die seine selbstge-
legte Politik gegenüber letzterem rechtfertigen sollen. Deutschland
setze seine Bewaffnung mit Geschwindigkeit fort. Trotz aller
Anstrengungen der militärischen Kontrollkommission unter
General Nollet, das Gegenteil, d. h. die völlige Entwaffnung
Deutschlands, zu erzielen, möglicherweise bis in die Polizei-
mannschaften hinein, statt deren die Reichswehr genügende Sicher-
heit für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande biete, bereite
Deutschland eine neue Mobilisierung vor. Der Geisteszustand
in Deutschland habe sich ungeachtet des Friedens von Ver-
fallenes nicht nur nicht geändert, sondern werde noch geändert
durch eine nicht dagewesene Lügenpropaganda. Frankreich sei
in Anbetracht dessen genötigt, unablässig auf Vorposten zu
stehen und die ungeheure militärische Last auch weiterhin zu
tragen.

Hierzu bemerkt Generalleutnant v. Gramon in den
deutsch-nationalen „Preuß. Nachr.“ (Kreis-Ztg.) u. a. fol-
gendes: „Es ist schwer, einem Manne wie Poincaré soviel
Torheit zuzumuten, daß er all das glauben sollte, was er
seine Landeskinder glauben machen will. Man kommt daher
zu dem einzig möglichen Schluß, daß er, eben so wie er die An-
setzung des Weltkrieges leugnet, jetzt auch mit Ueberzeug-
ung die Unwahrheit spricht. Sollte er sich auf Berichte Ge-
neral Nollets stützen, so sehe ich nicht an, zu erklären, daß
Nollet lügt, denn gerade ihm muß es klar sein, daß irgend-
welche kriegerische Vorbereitungen in Deutschland vorbereitend
ausgeschlossen und die Spiegelmittelungen über derartige
Maßnahmen nicht weiter als lächerliche Erfindungen sind.
Poincarés Angriffe auf Deutschland wiederholen sich immer
dann, wenn die französische Regierung Material braucht, um
ihre Eroberungspläne zu begründen. Poincaré weiß genau,
daß Deutschland nicht einmal in der Lage ist, Waffen anzu-
fertigen. Was er aber wirklich fürchtet, ist der deutsche
Geist, sind die deutschen Oehdne. Sie kann er zu seinem
größten Bedauern nicht mitabströfen. Propaganda wird aller-
dings in Deutschland getrieben, aber nicht zu dem Zwecke,
einen Krieg zu entfesseln, sondern in der Absicht und Hoff-
nung, dem deutschen Volke und der Welt endlich einmal
die Augen darüber zu öffnen, wer die Schuld am Weltkriege
trägt und wem wir es zu danken haben, daß wir in einer
geradezu teuflischen Weise ausgehungert und ausgeplündert
werden, daß wir noch immer fremde Truppen innerhalb
unserer Grenzmarken haben und daß die schwarze Schmach,
die nachgerade vom Himmel schreit, noch immer ihr verbreteri-
sches Unwesen treiben kann. Frankreich will Deutschland ver-
nichten, will weitere deutsche Gebiete besetzen und seine schon
jetzt vorhandene Vormacht in Europa für immer besfestigen.
Das möge die Welt erkennen, darüber sollte in Sonderheit
aber auch England nachdenken. Ist Deutschland endlich
überwunden, dann kommt das britische Reich an die Reihe.“

Frankreich hat mit gutem Grunde auf der Konferenz in Washington in der Unterseeboot-Frage jede Abstrichung abgelehnt, weil es aus der Erfahrung des Weltkrieges sehr gut weiß, daß es mit dieser Waffe den Lebensnerve Englands zu durchschneiden in der Lage ist. Die nach deutschem Muster angefertigten weittragenden Geschütze werden mit besonderer Freude auf Englands Küste demüßigt abgefeuert werden, und unter ihrem Schutze dürften schwarze Brigaden das Inselreich betreten und das stolze Albion bezwingen. Dann werden Lloyd Georges Nachfolger erkennen, warum Deutschland geachtet und geträumert werden mußte . . .

Zur wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Wir haben seinerzeit über die Antwort der deutschen Regierung auf die Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März d. J., betreffend das Stundungsgesuch vom 14. Dezember 1921, in wenigen Worten, nach den damals hier eingetroffenen telegraphischen Mitteilungen, berichtet. Die Antwort war am 10. April, also am Tage der Eröffnung der Genoa-Konferenz, in Paris übergeben worden. Bekanntlich erhielt Sie eine Ablehnung der ungeheueren Forderungen der Reparationskommission, zum Schutze von jenen, die geklagt hatten, daß die Erfüllungspolitik der deutschen Regierung (Wirth und Rathenau) unbegrenzt sei, und zum Aerger derjenigen, denen die Begründung der Wägen — im Moment des Zusammentritts der Vertreter von 34 Völkern zu besagter Konferenz — in Anbetracht ihrer Stichhaltigkeit — höchst unbrauem erschien. Die uns inwärtigen zugegangenen deutschen Zeitungen bringen den Wortlaut der Antwort, wonach die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands sich wie folgt ausprechen:

Seit dem 14. Dezember ist eine über alle Erwartungen hinausgehende Verschärfung der finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands eingetreten. Der Dollar-Kurs an der Berliner Börse, der sich durchschnittlich im Januar um 180, im Februar um 200 M. bewegt hatte, ist infolge der Defasces (alle 10 Tage zu leistenden) Zahlungen im Laufe des März zunächst allmählich weiter gestiegen und hat dann unter dem Einbrach der Entscheidung der Reparationskommission (v. 21. 3.) den Stand von 300 dauernd überschritten. Gleichzeitig mit dieser Zehnerung der äußeren Kaufkraft der Mark ist auch ihre innere Kaufkraft weiter gesunken. Große wirtschaftliche und soziale Bedrängnisse bilden die Folge dessen. Die Teuerung ist von Woche zu Woche fortgeschritten; viele unentbehrliche Lebensbedürfnisse können nur um den 60. oder gar 70 fachen oder einen 100 fachen Preis gegenüber der Zeit vor dem Kriege bestritten werden. Selbst Brot, dessen Preis noch künstlich niedergehalten wird, war Ende März für den Verbraucher gegen damals um mehr als das 25fache gestiegen. Bei Rogge trat vom Januar bis Ende März eine Steigerung, einschließlich der Steuer, vom 35 fachen auf das 60fache, bei Baumwolle eine solche vom 65fachen auf das 95 fache ein. Auch die Haushaltsgüter Getreide, Mehl, Bäche usw. sind im März gegenüber dem Januar um weit über 100 v. H. gestiegen. Diese Teuerung wirkt umso schlimmer, als Deutschland trotz des seit 1913 eingetretenen Rückgangs des Fleischverbrauchs um 55 bis 60 v. H. und des Brotverbrauchs um etwa 24 v. H. einen jährlichen Zufluß von Lebensmitteln aus dem Auslande von 2 1/2 Milliarden Goldmark benötigt. Die zur Aufrechterhaltung der Brotration erforderliche Einfuhr von Getreide wird 1922 allein noch rund 500 Millionen Goldmark kosten. Können die hierfür notwendigen Devisen (Wechselbriefe) nicht aufgebracht werden, so steht eine Hungersnot bevor. Gelting ist nicht die weitere Entwertung der Mark aufzuhalten, so wird sie im Auslande als Währung bald keine Geltung mehr haben und damit die Lebens- und Leistungsunfähigkeit Deutschlands eintreten. Die Gefahren ergeben sich vor allem aus den Goldzahlungen. Nur auf dem Wege einer äußeren Anleihe könnten die zur Deckung der Reparationslast erforderlichen Mittel beschafft werden. Und nur eine derartige Anleihe könnte die Stabilisierung der Wechselkurse herbeiführen. Allerdings wäre das Gelingen der Anleihe nur dann möglich, wenn die Geldgeber damit rechnen könnten, daß mit dem Ertrage der

Anleihe nicht nur eine Reihe von Jahreszahlungen, sondern auch die anderen nach dem Vertrage von Versailles neben den Reparationszahlungen bestehenden Devisenverpflichtungen finanziert würden. Die Forderung von 60 Milliarden neuer Steuern sei praktisch undurchführbar, heißt es in der Antwort der deutschen Regierung weiter, weil die steuerliche Belastung, wie sie das Steuerkompromiß vorsieht, nach Maßgabe der gegenwärtigen Verhältnisse das Höchste sei, was dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft an Steuerlasten zugemutet werden könne. Außerdem sei ja die in der Note von 28. Januar angelegte Zwangsanleihe (1 Milliarde Goldmark) leghin gefehlt beschlossen worden. Ihr Ertrag dürfte der von der Reparationskommission geforderten Erhöhung des Steuerertrages entsprechen. Er soll zu einem großen Teil bereits im Kalenderjahr 1922 eingehen. Die Zwangsanleihe soll drei Jahre hindurch unverzinslich bleiben und wird deshalb wie eine Steuer, die ausschließlich das Kapital belastet, wirken.

Die Antwort der Reparationskommission.

Die Reparationskommission hat am 14. 4. durch die Deutsche Kriegslastenkommission in Paris eine Note an den Reichskanzler Dr. Wirth in Beantwortung der Mitteilung desselben vom 7. 4. (erhalten von der Reparationskommission am 10. 4.) zugehen lassen, deren Wortlaut uns eben vorliegt. Wir entnehmen diesem sehr umfangreichen Schriftstück folgende wichtigere Stellen:

„Die Reparationskommission hat mit Ueberraschung und Bedauern festgestellt, daß die deutsche Regierung die hauptsächlichsten Bedingungen, von denen die Kommission die Bewilligung eines Zahlungsaufschubs an Deutschland abhängig gemacht hat, bestimmt ablehnt. Insbesondere erklärt sich die deutsche Regierung außerstande: 1) irgend eine neue Steuer neben den im Steuerkompromiß vorgesehene Steuern zu schaffen; 2) Zahlungen in fremden Devisen auf andere Weise als mittels einer äußeren Anleihe zu bewirken; 3) irgendeine Ueberwachung der deutschen Finanz- oder Verwaltungsorganisation anzunehmen, mit der Begründung, daß eine derartige Ueberwachung die Souveränität Deutschlands beeinträchtigen würde.

Was den ersten Punkt anlangt, so . . . bleibt die Kommission überzeugt, daß eine sofortige beträchtliche Vermehrung der Steuern über die im Steuerkompromiß in Betracht gezogene Vermehrung hinaus im Interesse Deutschlands selbst unumgänglich ist. Infolgedessen kann die Kommission zurzeit nur die Bedingungen hinsichtlich weiterer Steuern, welche sie in ihrem Schreiben vom 21. März 1922 ausgesprochen hat, voll und ganz aufrecht erhalten, wobei sie sich indessen bereit erklärt, jeden Vorschlag zu prüfen, den die deutsche Regierung mit dem Ergebnisse machen könnte, eine befriedigende Regelung des Haushalts herbeizuführen.

Hinsichtlich des zweiten Punktes ergibt sich nicht wenigere Klar, daß jede Hoffnung für Deutschland, im Auslande eine Anleihe von irgendwelcher Bedeutung aufzunehmen, irrig bleiben wird, solange Deutschland nicht sehr ernste Anstrengungen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts seines Haushalts macht.

Hinsichtlich des dritten Punktes vermag die Kommission in den durch ihr Schreiben vom 21. März gestellten Bedingungen nichts zu erliden, was die Befürchtungen der deutschen Regierung auch nur im geringsten zu rechtfertigen geeignet wäre. Die Kommission hat in keinem Punkte in das Recht der Initiative oder in die Verantwortlichkeit hinsichtlich der Steuern oder Ausgaben der deutschen Regierung oder der gesetzgebenden Faktoren Deutschlands eingegriffen. Sie hat sich darauf beschränkt, in erster Linie zu fordern, daß Deutschland Maßnahmen zur Sicherstellung der Ausführung der Reparationsverpflichtungen vor nicht unumgänglichen inneren Ausgaben ergreife, — in zweiter Linie zu fordern, daß die deutsche Regierung ihr, soweit das von ihr abhängt, die Mittel gibt, sich zu vergewissern, daß die geforderten Maßnahmen von der deutschen Regierung auch richtig und genau angewandt werden. Die deutsche Regierung hat keinen Grund zur Beschwerde, der sich auf den Versailler Vertrag oder auf die von den alliierten Regierungen gegebenen Versicherungen stützen könnte. Die deutsche Regierung darf

überdies nicht vergessen, daß sie um einen Aufschub ihrer durch den Vertrag und durch den Zahlungsplan bestimmten Verpflichtungen nachgedacht hat und daß bei Gewährung dieses Aufschubs die Kommission beabsichtigt war, Bedingungen zu stellen, welche ihr notwendig erschienen. Die Bedingungen, welche der deutschen Regierung durch das Schreiben vom 21. März für die Gewährung eines vorläufigen Zahlungsaufschubs mitgeteilt worden sind, sind nach erster Ueberlegung festgestellt, und die Reparationskommission kann demnach nur hoffen, daß die deutsche Regierung sich davon Rechenschaft ablegen wird, daß die starrköpfige Haltung, die aus der deutschen Regierung spricht, ohne rechtige Erwägung der Folgen einzunehmen ist, welche sie nach sich ziehen muß. Die Kommission wünscht keineswegs, der deutschen Regierung oder dem deutschen Volke eine unmäßliche Aufgabe zu stellen. Im Gegenteil, sie fördert nur ein Zusammenwirken bei den notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands. Aber ein unerlässliche Bedingung ist ein derartiges Zusammenwirken ist die Beachtung nicht nur der Grundfätze, sondern auch des Mechanismus des Versailler Vertrages.

Was die in der Note des Kanzlers angenommene Haltung betreffen bleibt, ist jede weitere Evidenz zu setzen der Kommission und der deutschen Regierung offenbar unmöglich. Aber wenn nach erstlicher Ueberlegung die deutsche Regierung davon absteht, das Recht der Reparationskommission, ihr ihre Entscheidungen aufzuerlegen zu bestreiten, so ist die Kommission bereit, jede praktische Anregung zu prüfen, die von der deutschen Regierung zur Lösung der Schwierigkeit, in der sie sich befindet, vorgebracht werden könnte. Diese Erklärung der Reparationskommission darf aber keineswegs in dem Sinne aufgelegt werden, als ob diese die Ausführung der Entscheidung vom 21. März oder der in ihrem Schreiben an den Reichskanzler vom gleichen Tage aufgetragenen Bedingungen zurücknimmt oder vorläufig außer Kraft setzt.

Die Parteirichtung der Reichsminister und der Minister der deutschen Länder.

Einmal uns von kompetenter Seite zugegangenen Nachrichten zufolge nahm sich die Parteirichtung der Reichsminister und der Minister der deutschen Länder Ende Januar d. (wesentliche Veränderungen sind in den Ministerkabinet während der Zwischenzeit kaum eingetreten) wie folgt aus:

Im Reichsministerium gehörten 4 Mitglieder zur Sozialdemokratischen Partei (Bauer, Reichsstaatsminister und Stellvertreter des Reichskanzlers; Dr. Radbruch, Reichsjustizminister; Dr. Köster, Reichsminister des Innern; Schmidt, Reichswirtschaftsminister), 4 Mitglieder zum Zentrum (Dr. Wirth, Reichskanzler, damals als Vize-Reisereisereichsministeriums des Auswärtigen; Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister; Dr. Hermes, Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und stells. Reichsfinanzminister, jetzt von einem genannten Reichsministerium befreit und endgültig als Reichsfinanzminister bestatigt, und Giesberts, Reichsstaatsminister 1 Mitglied (Dr. Gessler, Reichswehrminister) zur Deutschen Demokratischen Partei und 1 Mitglied (Reichsverkehrsminister Groener) zu keiner Partei (Parteiloser).

Von den Ministern der deutschen Länder gehörten in: a) Preußen 3 zur Sozialdemokratischen Partei (Ministerpräsident Otto Braun, Minister für Innere Verwaltung und Minister des Innern), 2 zum Zentrum (Justizminister von Jahnhoff und Minister für Volkswohlfahrt Hirtfeld), 2 zur Deutschen Volkspartei (Minister für Wirtschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Voellig und Finanzminister v. Richter) und 1 zur Deutsch-Demokr. Partei (Minister Landwirtschaft, Domänen und Forsten Dr. Wendorf); Bayern 3 zur Bayerischen Volkspartei, 1 zur Bayerischen Bauernbund, 1 zur Deutsch-Demokr. Partei und 2 zu keiner bestimmten Partei (Ministerpräsident, Staatsminister des Auswärtigen und Justizminister Graf von und zu Lichensfeld auf Röhrling und Schönberg, Staatsminister des Innern Dr. Schwoyer); c) Sachsen zur Sozial. Partei, darunter auch der Ministerpräsident, und 3 zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei d) Württemberg 2 zur Deutsch-Demokratischen Partei (Dr. Giesler, Staatspräsident, zugleich Minister des Innern

und Schulwesen, und Reichsin, Finanzminister), 2 zum Zentrum (Justizminister Volk und Minister des Innern Graf) und 1 zur Sozialdemokr. Partei (Arbeits- und Ernährungsminister Reil); e) Baden 2 zum Zentrum, 2 zur Soziald. Partei und 1, der Staatspräsident und Minister des Kultus und Unterrichtes Hummel; f) Thüringen 3 zur Soziald. Partei, 4 zur Unabh. Sozial. Partei und 1 (Freiherr von Brandenstein, Minister und Vorstand des Justizministeriums) zu seiner Partei; g) Hessen 2 zur Soziald. P. (damunter der Staatspräsident Ulrich), 1 zur D-Dem. P. und 1 zum Zentrum; g) Hamburg 1 (Stolten, 2, Bürgermeister) zur Soziald. P. u. 1 (Dr. Diefel) zu seiner Partei; i) Mecklenburg-Schwerin 2 zur Soziald. P. (damunter der Ministerpräsident und Staatsminister des Meusens und Innern Seelma), 1 zur Deutschen Volkspartei und 2 zu seiner bestimmten Partei; k) Oldenburg 1 D D (Lie: Deutsch. Demokr. Partei), 1 J (lies: Zentrum) und 1 S (lies: Sozialdemokr. Partei); l) Braunschweig 2 U S (lies: Unabh. Sozialdemokr. Partei), darunter der Ministerpräsident Junke und 2 S; m) Anhalt 3 S (damunter der Präsident des Staatsrats Dösi) und 2 D D; n) Bremen — die beiden Bürgermeister (Dr. Donandt und Dr. Spitta) und die 11 Senatoren — je zur Hälfte auf Vorschlag der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei gewählt; o) Lippe 2 S und 1 D D; p) Lübeck — der Bürgermeister Dr. Neumann und 7 Senatoren ohne bestimmte Parteizugehörigkeit und 6 Senatoren S; q) Mecklenburg-Strelitz 1 S (Freiherr v. Reibnitz, Vorsitzender des Staatsministeriums) und 1 D D; r) Walsied 1 (Landesdirektor Dr. Schmieding) ohne bestimmte Parteizugehörigkeit und s) Schaumburg-Lippe 1 D D (Vömer, Staatsrat, Vorsitzender der Landesregierung).

Zur Statistik der auf deutschen Universitäten und Hochschulen studierenden Ausländer.

Einer Mitteilung der Schulabteilung des Auswärtigen Amtes über die Anzahl der Ausländer, welche im Sommersemester 1921 auf deutschen Universitäten und Hochschulen studierten, entnehmen wir folgende Angaben:

Insgesamt wurden 7229 Ausländer gezählt, und zwar in: Preußen 3903, Sachsen 1116, Bayern 921, Baden 490, Hessen 327, Württemberg 200, Thüringen 119, Hamburg 84, Braunschweig 49 und Mecklenburg-Schwerin 20. Der Staatsangehörigkeit nach unterschieden man: Bulgaren 1066, von denen die überwiegende Mehrheit (621) in Preußen, 191 in Sachsen, 92 in Bayern, 78 in Hessen usw. studierten; Österreicher 731 (meist in Preußen und Bayern: 289 und 265, ferner in Sachsen 82 usw.); Tschechoslowaken 561 (meist in Sachsen und Preußen); Rumänen 494; Ungarn 410; Schweizer 408; Russen 407; Lätaler 321; Esten 285; Türken 214; Polen 195; Griechen 176; Ukrainer 169; Norweger und Polen je 155; Liegenburger 141; Ägypter 119; Finländer 117; Schweden und Chinesen je 110; Holländer 86; Jugoslawen und Georgier je 84; Elbaf Bothringer 76; Italiener 75; Danziger 66; Amerikaner (Berein. Staaten) 53 und außerdem — in einer Anzahl von weniger als 50 auf jede Gruppe — Japaner und andere Afrikaner, Belgier (35), Portugiesen, Engländer (38), Dänen, Franzosen (29), Brasilianer, Argentinier, Spanier, Mexikaner, Australier (1) etc. sowie 37 Staatlose.

Italiensches Programmrede.

Wir brachten in der vorvorigen Nummer — im Auszuge — die Programmrede Lloyd Georges vom Eröffnungstage der Genua-Konferenz, wie sie uns in der ursprünglichen eingetragenen deutschen Presse vorlag. Die Programmrede Tischitscherin, die am nächsten Tage gehalten worden ist und, ebenso wie die Rede Lloyd Georges, bleibenden Wert hat, namentlich in Anbetracht der demnächst beginnenden Verhandlungen der Sachverständigen im Haag, lassen wir im Nachfolgenden — gleichfalls im Auszuge — folgen:

... Die russische Delegation erklärt mit besonderem Nachdruck, daß sie im allgemeinen Interesse des Wiederaufbaues nach Genua gekommen ist, im Interesse des Wiederaufbaues des wirtschaftlichen Lebens Eu-

ropas. Die russische Delegation schreibt die größte Wichtigkeit dem ersten Punkt der Canner Resolution zu, der die gegenseitige Anerkennung der verschiedenen Wirtschaftssysteme und der verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Formen, die in den verschiedenen Ländern bestehen, verknüpft. Die russische Delegation ist nicht hierher gekommen, um ihre eigenen Theorien besonders zu betonen, sondern um praktische Beziehungen mit allen Regierungen sowie mit Industrie und Handelskreisen anzuknüpfen, und zwar auf der Basis der Gegenseitigkeit. ... Die wirtschaftliche Erneuerung Russlands erscheint als unbedingte Notwendigkeit für die wirtschaftliche Erneuerung der Welt. ... Russland ist bereit, in Anbetracht der Bedürfnisse der weltwirtschaftlichen Entwicklung der politischen Kräfte der Welt freiwillig seine Grenzen zu öffnen und die Schaffung internationaler Transitwege zu ermöglichen. Es ist bereit, der Kultur Missionen von Gelehrten zur Verfügung zu stellen. Es ist bereit, Konzessionen zu erteilen, und zwar Bahnkonzessionen, Kohlen- und Mineralerzrubenkonzessionen für seine unendlichen Schätze, besonders in Sibirien, sowie alle Art anderer Konzessionen auf dem Staatsgebiet von Russland. Die russische Regierung beabsichtigt, zwischen der Landwirtschaft und der Industrie eine Kooperation zu bilden, welche die Grundlage der europäischen Industrie erweitern würde, besonders hinsichtlich der Rohmaterialien. Ein genauer Entwurf seiner Pläne für die allgemeine wirtschaftliche Neugestaltung wird von der russischen Delegation im Laufe der Konferenz vorgelegt werden. Das Werk der wirtschaftlichen Neugestaltung Russlands wäre aber vergeblich, wenn die wirtschaftlich mächtigsten Nationen, statt die notwendigen Vorbedingungen zu schaffen, zur wirtschaftlichen Wiedergeburt Russlands beizutragen und seine Zukunft in der Welt zu erleichtern, es unter der Wucht ihrer Ansprüche und ihrer Macht erwägen würden. Wir müssen zugleich bemerken, daß die letzten Maßnahmen der russischen Regierung auf dem Gebiete der inneren Gesetzgebung in wirtschaftlicher Beziehung den Wünschen, wie sie in der Canner-Resolution enthalten sind, entgegenkommen. In dessen würden alle Anstrengungen, die zu einer wirtschaftlichen Erneuerung führen sollen, vergebens sein, solange über Russland und über der Welt die Gefahr neuer Kriege schwebte, die noch vernichtender sein würden, als der hinter uns liegende Krieg. Die russische Delegation hat die Absicht, der Konferenz Vorschläge zu machen, die auf eine Einschränkung der Rüstungen abzielen, unter der Bedingung, daß sich die Einschränkungen auf die Heere aller Länder besügen und daß die Herstellung giftiger Gase und der Luftkrieg verboten würde, welche als barbarische Waffen anzusehen sind, desgleichen die Anwendung von Zwangsmaßnahmen gegen die friedliche Bevölkerung. Es vertritt sich von selbst, daß Russland ebenfalls eine Einschränkung der Rüstungen vornehmen würde, wenn ihm die nötigen Bürgschaften gegen jede Einmischung in seine inneren Angelegenheiten geboten würden. ... Die Herstellung des Friedens muß Aufgabe eines Weltkongresses sein, der auf der Basis der Gleichberechtigung aller Völker und der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller begründet sein müßte. Wir betrachten die Beteiligung der Arbeiterorganisationen an einem solchen Kongresse für unbedingt notwendig. ... Die russische Regierung ist sogar geneigt, die Außenverträge zwischen den Großmächten, welche die internationalen Beziehungen regeln, anuerkennen und an der Revision der Satzungen des Völkerbundes teilzunehmen, damit dieser in eine wirkliche Völkerliga verwandelt würde, ohne Beherrschung der einen durch die andern, ohne die jegliche Teilung in Sieger und Besiegte. ... Die Bestrebungen aller, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit herbeizuführen, werden es zugleich ermöglichen, ein Mittel zu finden, die Wechselkurse zu stabilisieren (beständig machen), um der wirtschaftlichen Weltkrise zu begegnen. Eines dieser Mittel könnte die Verteilung der in den verschiedenen Ländern vorhandenen Goldreserven sein, ohne daß die Interessen derjenigen Länder geschädigt würden, welche gerade jetzt das Gold besitzen. Diese Wiederverteilung der Goldreserven hätte im Zusammenhang mit einer rationalen Verteilung der Industrieerzeugnisse sowie der Brennstoffe (Naphta, Kohle u. s. w.) zu geschehen. Ich habe nur die Grundlinien der Vorschläge gezeichnet, welche die

russische Delegation einbringen würde, wenn ihr Gelegenheit hierzu geboten würde. Wir sind bereit, alle wirtschaftlichen Vorschläge zu unterstützen, die von anderen Ländern in diesem Sinne gemacht werden sollten.

Italiensches Schlußrede.

Auf der letzten Sitzung der Genua-Konferenz von 19. Mai erklärte Tischitscherin unter anderem folgendes: „Die Tatsache der Zusammenarbeit aller europäischen Staaten, ohne daß hierbei ein Unterschied gemacht wurde zwischen Siegern und Besiegten, desgleichen zwischen den Systemen des Eigentums, ist insofern von Wichtigkeit, als sie zur allgemeinen wirtschaftlichen Wiederherstellung das Ihrige beigetragen hat. Die Genua-Konferenz ist jedoch nicht allen Wünschen gerecht geworden. In der ersten Sitzung hat die russische Delegation auf Maßnahmen hingewiesen, die geeignet schienen, den europäischen Nationen neue Ausichten für die Zukunft zu eröffnen. Man hat es ihr aber verweigert, die Fragen der Währungs- und einige andere Fragen anzuschneiden. Die Konferenz ist nur zaghaft und in unbedeutendem Maße über das Niveau der vorhergehenden Konferenzen emporgeklungen. Das bedeutet Schwäche und macht ihre teilweise Erfolglosigkeit verständlich. Wir wünschen sehr, daß das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen den kapitalistischen und den Sowjet-Staaten auch im Haag Geltung bezieht. Denn das russische Problem kann nur auf dieser Basis gelöst werden. Der britische Premierminister hat wohl gesagt: „Wenn mein Nachbar mir Geld leihen hat, so muß ich es ihm abgeben“, und ich bin damit einverstanden, auch ich strebe nach einem Vergleich; aber wenn dieser Nachbar in meinen Besitz eingedrungen ist, meine Söhne erschlagen, meine Einrichtung zerstört und mein Haus niedergebrannt hat, so muß ich doch wohl vor allem auf Wiederherstellung des Vernichteten bedacht sein. Wir sind darüber hinausgegangen; wir waren bereit, alle zu befriedigen, wenn man uns nur soweit helfen wollte, daß wir auch in die Lage kämen, das, was uns an Beerdigungen auferlegt wird, zu erfüllen. Leider dachten die übrigen Konferenzteilnehmer nicht so. Nichtsdestoweniger haben wir unsere Verhandlungsversuche fortgesetzt. Die russischen Massen wünschen den Frieden und die Mitarbeit mit den anderen Völkern, freilich nur auf der Grundlage völliger Gleichheit. Die lebhaften Sympathien, welche während der Konferenz die italienischen Massen uns gegenüber bekundet haben, zeigen, daß die Mehrheit dringend nach allgemeiner Versöhnung, nach dem Weltfrieden verlangt. Auf diesem Wege befindet sich die Genua-Konferenz, ein Zustand von allergrößter Wichtigkeit.“

Im übrigen erklärte sich Tischitscherin im Namen der russischen Delegation mit dem Vorschlag, betreffend die zeitweilige Verminderung von feindseligen Handlungen unter den Konferenzteilnehmern (bis zur Wiederaufnahme der Beratungen der Konferenz im September d. J.), einverstanden, allerdings mit gewissen Vorbehalten, die die russische Delegation bereits im Politischen Ausschuss bei Besprechung obigen Vorschlags gemacht habe. In der Wirtschaftsmission seien von der russischen Delegation gegen einige Beschlüsse Einreden vorgebracht worden; diese halte er aufrecht, habe aber sonst an den Beschlüssen nichts zu beanstanden und schloß sich ihnen an. In dem Unterausschuss für Arbeit sei die russische Delegation nicht vertreten gewesen, ungeachtet dessen, daß die russische Gesetzgebung eine Gesetzgebung der Arbeiter darstelle. Hiergegen erhebe er namens der russischen Delegation Einspruch. Dieser Unterausschuss habe übrigens eine ganze Reihe von wichtigen, auf den Schutz der Arbeit, die Unterstützung der Arbeitslosen etc. bezüglichen Punkte in seinen Beschlüssen vollkommen außer acht gelassen, ferner sei das Prinzip des 8-stündigen Arbeitstages von der Kommission nicht im ganzen angenommen worden usw.

Was hat die Genua-Konferenz ergeben?

Eine kommunistische Betrachtung.

Die Hauptfragen, betreffend die Schuld, das Privatigentum und die Kredit, sind der Haager Beratung zugehört worden, die ihrem Wesen nach als Fortsetzung

der Genua-Konferenz erscheinen wird. Weßhalb ist in diesen Fragen nicht schon in Genua eine Verständigung erzielt worden? Hierauf gibt der Kampf die Antwort, welcher sich im Lager der Bourgeoisie auf der Genua-Konferenz abspielt hat. Die Sowjet-Delegation hat die ganze Zeit über den Kurs auf die Sonderabkommen gehalten, von denen sie eine Trennung der Imperialisten und damit zugleich praktische Erfolge erhoffte. Ein solcher ist denn auch erzwungen in dem russisch-deutschen Abkommen von Rapallo zu erblicken, durch den die Entente-Diplomatie in einige Verwirrung geriet. Die inneren Widersprüche bei der Entente, die auf der Konferenz ziemlich deutlich zutage traten, zeitigten alsdann, im Laufe der Verhandlungen, gewisse Mächte-Gruppierungen, und zwar fanden sich zuvörderst: einerseits England, Italien und die meisten der neutralen Staaten und andererseits Frankreich, Belgien, Japan und einige der neutralen Staaten. Die erste Gruppe war bereit, allen Erträgen mit Sowjet-Rußland ins reine zu kommen, die andere Gruppe aber ließ kein Mittel unberücksichtigt, um die Konferenz zu sprengen. Durch den Kampf dieser Gruppen miteinander wurde die mittlere politische Linie bestimmt, welche die Entente bis zum Schluß der Konferenz einzuhalten bewußt gewesen ist. Das Memorandum der Sowjet-Delegation, welches der Konferenz am 11. Mai eingehändigt wurde, ist von letzterer für unannehmbar erklärt worden. Auf der Grundlage dieses Memorandums wäre es möglich gewesen, mit der einen Gruppe — England und Italien — so oder anders zu einer Verständigung zu gelangen, wenn nicht Frankreich und Belgien auf ihrem unersöhnlichen Standpunkt verharren hätten. England und Italien waren vor die Entscheidung gestellt: entweder sich mit Sowjet-Rußland zu verständigen oder mit Frankreich und Belgien offen zu brechen. Da aber auch ein offener Bruch mit Sowjet-Rußland den beiden, England und Italien, wenig erwünscht schien, aus politischen Rücksichten, so fanden die englischen Diplomaten einen Ausweg aus der Bedrängnis in der Haager Beratung, durch welche die Gegensätze innerhalb der Entente zeitweilig niedergehalten werden sollen und dem Verlangen Frankreichs nach Sprengung der Genua-Konferenz scheinbar nachgegeben worden ist. Die Genua-Konferenz hat dasjenige Ende gefunden, welches sie finden mußte, angefaßt der politischen Lage, die sich aus dem Kampf innerhalb der Entente entwickelt hatte. Das aber beweist, daß der Keil, den die Sowjet-Delegation in die Entente hineinzutreiben versucht, noch nicht tief genug eingedrungen ist und daß das Aufeinanderplayen der Interessen der einzelnen Staaten bzw. Gruppen von Staaten hintanzuhalten, den Diplomaten der Entente vorübergehend doch gelungen ist. Aber ohne Zweifel werden diese Gegensätze sich sehr bald wieder fühlbar machen. Und die Sowjet-Diplomatie wird nach wie vor darauf bedacht sein die Politik der Vertiefung und Verächtung derselben mit Eifer zu betreiben. Sowjet-Rußland hat dabei von der Genua-Konferenz alles erhalten, was sie zu geben imstande war. Es hat rockmals vor aller Welt den Beweis zu erbringen vermocht, wie viel ihm daran gelegen ist, sich mit den bürgerlichen Staaten zu verständigen. Was aber die Hauptsache ist, Sowjet-Rußland hat seine Friedensliebe unzweideutig bekundet und die kriegerische Gesinnung der Imperialisten in ihrer ganzen Nacktheit allen vor Augen geführt. Jetzt weiß jedermann, wer nicht abräufen will und weßhalb nicht. Aber Sowjet-Rußland hat nicht nur seine Bereitwilligkeit zu Zugeständnissen gezeigt, sondern auch, daß es nicht eine von den Erregenschaften der Revolution aufgeben wird und daß es Verhandlungen führen kann einzig und allein als Gleicher mit Gleichen. Und deshalb werden alle Versuche der Entente, die Arbeiter und Bauern in die Schlinge zu locken, fruchtlos bleiben. Die Entente wollte in Genua Sowjet-Rußland auf die Knie zwingen; das ist ihr aber nicht gelungen. Die Sowjet-Delegation hat durch ihr ehrliches, gerades und entschlossenes Auftreten die Aufmerksamkeit von Millionen Proletariat auf Genua gelenkt, und mit zitterndem Herzen sind diese dem Verlaufe des Kampfes auf der Konferenz gefolgt. Alle Sympathien, alles Interesse des Weltproletariats konzentrierte sich auf Sowjet-Rußland. Das gereicht der Entente natürlich auch nicht zum Nutzen.

Zur Haag wird derselbe Kampf, wie er in Genua begonnen hat, fortgesetzt werden. Und in diesen Kampf wird die Sowjetgewalt mit derselben Entschlossenheit eintreten, mit der sie in Genua gekämpft hat. Zweifelslos wird dieser Kampf vor anders gearteten politischen Verhältnissen vor sich gehen, als es die von Genua waren. Diese neuen Verhältnisse werden das Ergebnis des Klassenkampfes und der allgemeinen Gegensätze innerhalb der Entente im Augenblick des Zusammentritts der Haager Beratung sein.

Amerika — Genua — Transkaukasien.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, des halbamtlichen Sprachrohres des britischen Außenministeriums, weiß zu berichten, daß Amerika die Anerkennung der transkaukasischen Republiken deshalb so beharrlich verweigere, weil es letztere als „integrierenden Bestandteil Rußlands“ betrachte. Das genannte Blatt unterstreicht im Zusammenhang hiermit das Interesse Amerikas an der Genua-Konferenz. Das offiziell abweichende Verhalten Amerikas zu dieser sei eine Folgeerscheinung des Antagonismus (Widerstreit) Amerikas gegenüber England, Amerika wolle nicht, daß der englische Einfluß, in der Welt nachgedehnt würde. Hieraus erklärte sich auch die Anzögerung Amerikas an Frankreich. Vor allem aber kämpften die Vereinigten Staaten gegen den britischen Plan eines internationalen Konsortiums an, das die Aufgabe hätte, den russischen Markt unter englischer Flagge zu erobern. Die Vereinigten Staaten trachteten danach, England vom russischen Marke so lange fernzuhalten, bis es ihnen gelungen sein würde, ihre eigenen Pläne zu verwirklichen. Aus dem räumlichen Grunde gebe sich Amerika die größte Mühe, die Anerkennung der Sowjetregierung möglichst lange hintanzuhalten, und damit zugleich widere es sich energisch, die transkaukasischen Republiken Georgien, Armenien und Aserbeidjan anzuerkennen. Der „Daily Telegraph“ weist des weiteren mit großer Bestimmtheit darauf hin, daß England sich bei der ersten Gelegenheit der organischen Menschweihen bedienen werde, um die „Unabhängigkeit“ der transkaukasischen Republiken, zur Erfassung der Natur Kaphta, zu verkündigen. In dieser Beziehung verfolgten England und Frankreich gleiche Interessen.

Ein Vertrag zwischen Deutschland und den transkaukasischen Republiken

befindet sich in Vorbereitung. Des diebezügliche Rabiner Kabiogramm vom 31. Mai lautet: „Die Ukraine, Georgien, Aserbeidjan und die Republik des Fernen Orients schließen einen Vertrag nach dem Muster des Rapallo-Vertrages ab. Die Verhandlungen über den Abschluß des erwähnten Vertrages werden in Berlin von Litwinoff geführt“.

Ulrich Raueher — Gesandter in Warschau.

Wie wir von zuverlässiger Seite hören, ist der bisherige außerord. deutsche Gesandte für Georgien Ulrich Raueher mit Zustimmung der polnischen Regierung schon vor einiger Zeit zum Gesandten in Warschau ernannt worden. Die Vertretung der deutschen Interessen in Georgien liegt nach wie vor, d. h. seit der Abreise R's, in den Händen des deutschen Geschäftsträgers, Gesandtschaftsrats Dr. Max Deje (Nr. 4 unseres Blattes).

Deutsche diplomatische Vertretung für Rußland.

Ein Moskauer Funktspruch vom 1. d. Mis. besagt, daß aus Deutschland eine diplomatische Vertretung für Rußland, mit Herrn v. Kessel an der Spitze, unterwegs

sei. Mit ihr seien deutsche Industrielle und Mitglieder der Deutschen Handelskammer nach Rußland abzubringen.

Die Wiederbesetzung Petersburgs.

Ein neuer Funktspruch besagt daß einige deutsche Banken, die mit der Stichindustrie in Verbindung stehen, mit der Sowjetregierung ein Abkommen, betreffend die Wiederbesetzung Petersburgs getroffen haben. Hierzu erforderlichen Materialien und Arbeitskräfte sollen nach Petersburg aus Stettin hinübergeschickt werden. Zuerst sollen im Laufe der nächsten zwei Jahre allfälligen Kanalarbeits- und Trenngarbeiten ausgeführt werden.

Einige Zahlen aus der Arbeit des Deutschen Ausland-Instituts.

- Mitglieder: über 6300, darunter 55 Ehrenförderer
- 340 Stifter, 350 lebenslängliche Mitglieder.
- Gesamteingang an Briefen und Postkarten (aus schließlich Druckachen) etwa 3000 bis 3500 monatlich
- Auswärtigerberatung: 450 mündliche, 350 schriftliche Beratungen im Monatsdurchschnitt.
- Stellervertreiter und Auskunfts-Abteilung: 250 mündliche, 450 schriftliche Auskünfte im Monatsdurchschnitt.
- Archiv: Regelmäßiger Eingang von 125 ausländ. deutsch., 60 russischen und 60 fremdsprachigen Zeitungen.
- 21 500 Zeitungsausschnitte über Auslandsdeutschtum und Auslandskunde. 9800 Bände auf ca. 30 000 Karten.
- Bücherei: Bestand gegen 10 000 Bände. Regelmäßiger Eingang von etwa 450 inländischen und ausländischen Zeitschriften.
- Karten-Abteilung: Bestand etwa 6000 Karten. Karte mit 15 000 Kartenrodreisen. 20 000 Bilder, etwa 5000 Diagramme.
- Presse-Abteilung: Auflagehöhe der Halbmonatsschrift „Der Auslandsdeutsche“ 6000 Stück, der wöchentlichen „Pressekorespondenz“ 2200 Stück.

Berichtigung.

In dem Raatur für Job. Wirsum (Selenendorf) in der vorigen Nummer haben sich an zwei Stellen sinn entstellende Druckfehler eingeschlichen, die hiermit berichtigt seien:

- 1) Seite 3, Spalte 3, Zeile 17 ist zu lesen: „neigt dazu, seine eigenen Leistungen zu überschätzen“ (statt: zu unter schätzen) und
- 2) daselbst, Zeile 25, ist zu lesen: „Und er hat bewiesen, daß auch in unserer materiellen Zeit selbst im Dorn nicht alle Menschen vom Brote allein leben.“ (statt vom Worte allein leben).

Die Schriftleitung.

Börsenbericht.

Der Bericht fällt aus, weil in den beiden letzten Wochen wegen Reorganisation der Börse keinerlei offizielle Kursnotierungen erfolgt sind.

Gabelsbergersche Stenographie-Kurse

Auskünfte und Anmeldungen täglich von 4 7 Uhr nachmittags.

Michallowskaja № 133, I. Etage rechts.

Herausgeber: Der Z.-A. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. jur. Alexander Fufajeff, im Auftrage der Redaktionkomitees.